

16.12.93

Antrag

des Landes Schleswig-Holstein

zum

Ersten Gesetz zur Umsetzung des Spar-, Konsolidierungs- und
Wachstumsprogramms (1. SKWPG)

Punkt 66 der 664. Sitzung des Bundesrates am 17. Dezember 1993

Der Bundesrat möge beschließen:

Der Bundesrat legt gegen das Gesetz Einspruch ein.

Begründung:

Die erheblichen Kürzungen vor allem bei den Leistungen der Bundesanstalt für Arbeit, insbesondere die Verringerung des Arbeitslosengeldes, der Arbeitslosenhilfe, des Unterhalts- und des Übergangsgeldes und des Kurzarbeiter- und Schlechtwettergeldes führen zu einer einseitigen und nicht vertretbaren Belastung einkommensschwacher Gruppen, die aus sozialpolitischer Sicht nicht zu akzeptieren ist.

Ausgeliefert am 16. DEZ. 1993